

02.02.2026

Digitale Podiumsdiskussion zur Landtagswahl 2026:**Soziale Gerechtigkeit, Familie und Bildung im Fokus**

Mainz, 2. Februar 2026 – Im Vorfeld der Landtagswahl 2026 in Rheinland-Pfalz hat das Kolpingwerk Landesverband Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den Kolping-Diözesanverbänden Limburg, Mainz, Speyer und Trier am Dienstagabend zu einer digitalen Podiumsdiskussion eingeladen. Zahlreiche Interessierte verfolgten die Online-Veranstaltung über Microsoft Teams und beteiligten sich aktiv mit Fragen.

In seiner Begrüßung erinnerte der Landesvorsitzende des Kolpingwerkes Rheinland-Pfalz, **Diakon Andreas W. Stellmann**, an den **27. Januar als internationalen Holocaust-Gedenktag**. Er betonte, dass das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zugleich Mahnung und Auftrag sei, demokratische Werte, Menschenwürde und gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv zu verteidigen. Gerade vor dem Hintergrund dieses Gedenktages sei eine sachliche, respektvolle politische Auseinandersetzung unverzichtbar.

Anschließend diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien zentrale landespolitische Zukunftsfragen. Auf dem Podium standen **Lisett Stuppy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**, **Dr. Denis Alt (SPD)**, **Steven Wink (FDP)** und **Anette Moesta (CDU)**.

Im ersten Themenblock **Familie** setzten sich die Podiumsgäste mit der aktuellen politischen Debatte rund um Teilzeitarbeit auseinander. Diskutiert wurden unter anderem Wege zur nachhaltigen Reduzierung geringfügiger Beschäftigung sowie zusätzliche Maßnahmen zur Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt über bestehende gesetzliche Regelungen hinaus. Das Kolpingwerk machte dabei deutlich, dass es trotz notwendiger Reformen ausdrücklich am Recht auf Teilzeitarbeit festhält. Teilzeitarbeit ist für viele Menschen ein zentrales Instrument zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf und ermöglicht darüber hinaus gesellschaftliches Engagement im Ehrenamt, das für den sozialen Zusammenhalt und das Gemeinwohl unverzichtbar ist. Auch die Bedeutung der **Familienerholung** und der Landeszuschüsse in diesem Bereich wurde aus unterschiedlichen politischen Perspektiven beleuchtet.

Der anschließende Themenbereich **Bildung** griff aktuelle Ereignisse auf, darunter die jüngsten Vorfälle an der Karolina-Burger-Realschule Plus in Ludwigshafen. Im Mittelpunkt standen Fragen zur Prävention von Gewalt und Straftaten an Schulen sowie zur Verantwortung von Politik, Schule und Gesellschaft. Darüber hinaus wurde die **Handwerkspolitik** thematisiert – insbesondere im Hinblick auf Ausbildung, die Attraktivität handwerklicher Berufe und die Gleichstellung von Abschlüssen, auch vor dem Hintergrund der handwerklichen Wurzeln Adolph Kolpings.

Die Diskussion wurde von **Matthias Donauer**, Leiter des Arbeitskreises Landespolitik im Kolpingwerk Rheinland-Pfalz, moderiert. **Christian Lee**, Geschäftsführer des Kolpingwerkes Rheinland-Pfalz, koordinierte die Fragerunde und verabschiedete die Teilnehmenden.

Diakon Andreas W. Stellmann zog ein positives Fazit:

„Die lebendige und respektvolle Diskussion hat gezeigt, wie wichtig der Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft ist. Gerade im Gedenken an die Verbrechen der Vergangenheit bleibt politische Bildung eine zentrale Aufgabe für eine verantwortungsbewusste und demokratische Zukunft.“

Mit der Veranstaltung leistete das Kolpingwerk Rheinland-Pfalz einen Beitrag zur politischen Meinungsbildung im Sinne seiner christlich-sozialen Werte und wird diesen Dialog auch weiterhin aktiv begleiten.

Dem Kolpingwerk in Rheinland-Pfalz als mitgliederstarkem katholischen Sozialverband mit berufs- und sozialpolitischer Zielsetzung gehören über 10.500 Kinder, Jugendliche und Erwachsene, in den vier Diözesanverbänden Limburg, Mainz, Speyer und Trier an.

Die Mitglieder des Kolpingwerks engagieren sich in der Jugend-, Senioren- und Erwachsenenbildung, in den Belangen der Arbeitswelt und in der Internationalen Partnerschaft.

Ihre Aufgabe als katholischer Sozialverband ist es, sich als engagierte Christ:innen für soziale Gerechtigkeit einzusetzen, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und soziales Bewusstsein und Handeln zu fördern.